
Kernbotschaften Glücksspiel-Studie

(1) Erstmals haben Wissenschaftler den 1. Glücksspieländerungsstaatsvertrag (GlüÄndStV) evaluiert. Das Ergebnis der faktenbasierten Untersuchung: Die Regulierung ist auf ganzer Linie gescheitert. Beim Kampf gegen illegales Glücksspiel belegt Deutschland im internationalen Vergleich den letzten Platz.

- Die Studie der Professoren orientiert sich an den selbstgesteckten Zielen der Regulierung: Spielsuchtprävention, Kanalisierung und Schwarzmarktbekämpfung, Jugendschutz, Kriminalitätsprävention sowie Schutz der Integrität des sportlichen Wettbewerbs.
- Die Studie wurde erstellt von:
 - Prof. Dr. Justus Haucap, Direktor des Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
 - Prof. Dr. Martin Nolte, Direktor des Instituts für Sportrecht an der Deutschen Sporthochschule Köln
 - Prof. Dr. Heino Stöver, Professor für sozialwissenschaftliche Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences

Die Studie beinhaltet zudem einen Beitrag von Prof. Dr. Gregor Kirchhof LL.M., Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht an der Universität Augsburg

- Die Professoren haben sozialwissenschaftliche, ökonomische und juristische Methoden eingesetzt sowie Mitglieder des Sportbeirates und Glücksspielanbieter befragt. Mit diesem faktenbasierten Ansatz möchten sie zu einer Versachlichung der Debatte beitragen.
 - Erstmals wurden damit auch Vertreter des Breiten- und Profi-Sports sowie Fachverbände in eine wissenschaftliche Untersuchung zum Thema Glücksspiel einbezogen.
- Die Regulierung sah ursprünglich vor, 20 Sportwettenlizenzen an private Anbieter zu vergeben. Hessische Verwaltungsgerichte haben das Vergabeverfahren aufgrund europarechtlicher Mängel gestoppt. Das Resultat: Bis heute hat der Staat keine einzige Lizenz vergeben.
- Dadurch existiert de facto kein Sportwetten-Markt mit deutschen Lizenzen – dem Staat fehlt somit jegliche Kontrolle über das Spiel.
- Obwohl ein mindestens ebenso großer Online-Casino- und Pokermarkt und die Nachfrage deutscher Verbraucher existieren, verschließt der Staat seine Augen und hält an einem Totalverbot von Online-Casinospielen fest.
- Die staatlichen Eingriffe sind „bestenfalls wirkungslos, schlimmstenfalls kontraproduktiv“ (Zitat aus der Studie).
- Zudem ist das Glücksspielkollegium verfassungswidrig. Die Länder haben mit dem Glücksspielkollegium de facto eine „neue Ebene bundeseinheitlicher Verwaltung“ ohne Kompetenztitel geschaffen, womit die bundesstaatliche Kompetenzordnung verletzt wird.

(2) Deutschland gelingt es im europäischen Vergleich besonders schlecht, den Grau- und Schwarzmarkt beim Glücksspiel einzudämmen. Die erfolgreiche Kanalisierung des Spiels in geordnete Bahnen ist allerdings die Grundvoraussetzung, um die weiteren Ziele des GlüStV zu erreichen.

- Maßnahmen der Suchtprävention und des Spielerschutzes, des Jugendschutzes, der Betrugs- und Kriminalitätsbekämpfung und zur Wahrung der Integrität des Sportes können sachlogisch nur im regulierten Spiel Wirkung entfalten.

- Im DICE-Kanalierungs-Index belegt Deutschland im Vergleich mit fünf anderen europäischen Staaten den letzten Platz.
 - Mit 67 von 185 möglichen Punkten nach DICE-Kanalierungs-Index.
 - Dänemark: 169, Großbritannien: 155, Spanien: 136, Frankreich: 117, Polen: 85.
- Der Index ist Ergebnis der Evaluierung und beschreibt, wie gut es gelingt, den natürlichen Spieltrieb der Verbraucher in den legalen Markt zu lenken – die sogenannte Kanalisierung.
- Die Höhe des Indexwertes sagt aus, wie sinnvoll das Bündel aller Maßnahmen eines Landes ist, um die Kanalisierung des Spiels in geordnete Bahnen zu erreichen.
- „Laut aktuellem Jahresreport der Glücksspielaufsichtsbehörden der Länder ist der nicht-regulierte Markt im Jahr 2015 allein im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent angewachsen. Für das Segment privater Sportwetten berichten die Länder von einem Wachstum in 2015 von zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr (Glücksspielaufsichtsbehörden der Länder, 2016: 11)“ (Zitat aus Studie).
- Insbesondere wächst die Nachfrage im Bereich der Online-Casinos und bei Live-Wetten – etwa Wetten darauf, wer im laufenden Spiel das nächste Tor schießt. Beides ist in Deutschland verboten bzw. stark eingeschränkt. Die Verbraucher weichen daher auf Angebote des Schwarz- oder Graumarktes aus.

(3) Der Staat muss legales Glücksspiel ermöglichen – und sogar attraktiv machen –, um seine selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Dafür gibt es eine Reihe wirksamer Instrumente. Insbesondere die Verbote von Online-Poker/-Casino und von Ereigniswetten sowie die Einschränkungen bei Live-Wetten sind mit Blick auf die Ziele der Suchtprävention, des Spielerschutzes und des Integritätsschutzes kontraproduktiv und gehören auf den Prüfstand.

- Leider lösen auch die geplanten Änderungen am Staatsvertrag in Form des sog. „Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag“ – so sie denn von allen Landtagen verabschiedet werden – die derzeitigen Probleme nicht.
- Der Verbraucher verbleibt nur dann im regulierten Markt, wenn er ein attraktives Angebot vorfindet, das die gesamte nachgefragte Produktpalette abbildet. Verbote sind wirkungslos. Stattdessen sollte durch geeignete Spielerschutzmaßnahmen eigenverantwortliches Spiel gefördert werden.
- Anbieter von Glücksspielen sollten im regulierten Markt einen umfassenden Integritätscheck durchlaufen.
- Der europäische Vergleich zeigt: Kontrollen wirken besser als Verbote, gerade bei Online-Spielen:
 - Online lassen sich Spieler leichter identifizieren – insbesondere Online-Bezahlmethoden sind für Minderjährige schlecht zugänglich.
 - Sperrungen lassen sich online leichter durchsetzen – durch wirksame Identitätsprüfung. Hier ließen sich entsprechende Systeme umsetzen (eID-System oder Trust Networks, d. h. die Kombination vertrauenswürdiger Daten aus mehreren Quellen).
- Nur für ein reguliertes Umfeld kann der Gesetzgeber Schutz durchsetzen, nur so lassen sich Jugend- und Verbraucherschutz, Spielsuchtprävention sowie Betrugs- und Kriminalitätsabwehr verbessern.
- Der Staat sollte die Zahl der Lizenzen nicht begrenzen, sondern sie auf Grundlage qualitativer Kriterien erteilen.
- Das willkürliche Einsatzlimit von 1.000 Euro pro Monat sollte fallen. Es macht die legalen Angebote unattraktiv. Vielmehr sollten Spieler sich selbst angemessene Limits setzen und gänzlich selbst von allen Spielen ausschließen können.